

## Gegen die Raketenstationierung

# Ungehorsam leisten und Loyalität aufkündigen!

Politische Begründung für einen unbefristeten Aktionsvorschlag nach dem 22. Oktober 1983

Für uns, für die internationale Friedensbewegung und für die Völker der Erde steht in diesem Jahr sehr viel auf dem Spiel. Gelingt es uns in diesem Jahr nicht, einen bedingungslosen Verzicht auf die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles zu erzwingen, würde eine neue Phase der internationalen Beziehungen mit verheerendem Ausgang eingeleitet werden. Militärische und politische Gegenmaßnahmen der Warschauer Paktstaaten sind so gut wie sicher - neuer Kalter Krieg würde die unausweichliche Konsequenz dieser Entwicklung sein. Direkter militärischer Intervention in Mittelamerika und am Persischen Golf wäre Tür und Tor geöffnet, die physische Vernichtung der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt mit Hilfe von verbündeten reaktionären Regimen und subimperialistischen Staaten wie Israel und Südafrika kaum noch aufzuhalten. Der Rüstungswettlauf würde in eine qualitativ neue Phase eintreten. Ein Krieg zwischen den Blöcken, der im atomaren Holocaust endete, würde wahrscheinlicher.

Auch Kompromisse wie das Ergebnis des sogenannten Genfer Waldspazierganges werden den tödlichen Wettlauf um Sekunden verzögern, ihn aber nicht aufhalten können. Ein Teil der Friedensbewegung würde dann einer Illusion des Sieges verfallen, ein anderer Teil resigniert den Rückzug in den Alltag antreten. Die Möglichkeit eines nächsten und massiveren Aufrüstungsschubes bliebe auf jeden Fall offen. Nur ein bedingungsloser Verzicht auf die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles würde den Rüstungswettlauf schwächen und der internationalen Friedensbewegung jenen Aufschwung geben können, der notwendig ist, um einen wirklichen Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.

Mit den geplanten vielfältigen Aktionen bis zum 22. Oktober wird die Friedensbewegung sich abermals verbreitern und an politischer und moralischer Autorität gewinnen. Werden sie aber in unserem Land ausreichen, die selbstherrliche Parlamentsmehrheit und die Bundesregierung zu einer Aufgabe ihrer mörderischen Absichten zu bewegen? Die geplanten Widerstandsaktionen sind unverzichtbar. Dadurch, daß diese aber zeitlich limitiert sind, werden sie für die Regierenden kalkulierbar. Die am 22. Oktober erreichbare Popularität und moralische Autorität der Friedensbewegung wird sich nicht so ohne weiteres in eine bindende Entscheidung gegen die Raketenstationierung umsetzen lassen. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Aufrüster sich über die moralische Stärke der Friedensbewegung und den Willen der Volksmehrheit hinwegsetzen, ist groß. Es wird notwendig sein zu verhindern, daß unsere Widerstandsaktionen ins Leere laufen. Die Fortsetzung unseres Widerstandes, eines unbefristeten und für die Regierenden nicht mehr kalkulierbaren Widerstandes wird zur einzigen Möglichkeit der Friedensbewegung, der Arroganz der Übermacht der Herrschenden entgegenzutreten.

Wird die Friedensbewegung zu solch einem bedeutenden Schritt in der Lage sein, verfügen wir über den dafür notwendigen Handlungsspielraum, können wir diesen erweitern, können wir hunderttausende von Menschen für

unbefristete Verweigerungs- und Widerstandsaktionen mobilisieren oder sind das alles Illusionen und fromme Wünsche und ist das Ziel nicht erreichbar? Diese Fragen wollen für einen derartigen Schritt gestellt und diskutiert sein. Das vorliegende Papier ist ein Versuch in dieser Richtung. Die günstigen Voraussetzungen für die Fortsetzung eines dauerhaften Widerstandes gegen die Raketenstationierung auch nach dem 22. Oktober werden begründet und der Rahmen von entsprechenden Widerstandsaktionen skizziert. Dieser Versuch soll auch eine Ermutigung für alle diejenigen sein, die die ungeheuerlichen Risiken der Raketenstationierung erkannt und noch hoffnungsvoll dieses Verbrechen zu verhindern gewillt sind. Es geht darum, bereits jetzt mit der Vorbereitung der neuen Stufe unseres Widerstandes nach dem 22. Oktober zu beginnen.

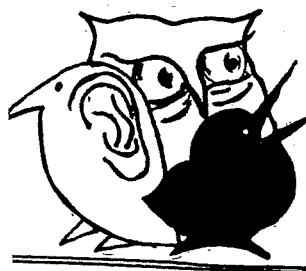
### DIE LAGE NACH DEM SIEG DER AUFRÜSTUNGSPARTEIEN

Die konservativ-liberalen Aufrüstungsparteien werden mit ihrer satten Mehrheit im Bundestag alle Versuche zu Fall bringen, den NATO-Doppelbeschluß durch Abstimmung im Parlament aufzukündigen. Selbst die Stimmen der GRÜNEN, der gesamten SPD-Fraktion zusammen mit den Stimmen einiger FDP-Abweichter werden dazu aller Wahrscheinlichkeit nach nicht reichen. Ob die SPD-Fraktion im Bundestag sich einstimmig vom Doppelbeschluß lossagen wird, steht noch in den Sternen.

Es gibt also keine Hoffnung auf eine erfolgversprechende und rechtlich bindende parlamentarische Initiative für die Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses. Hat es eine solche Möglichkeit überhaupt gegeben und hätten andere Regierungsalternativen neue und mehr Erfolg versprechende Perspektiven eröffnet? Man kann das stark bezweifeln. Dies gilt in besonderem Maße für die sozialliberale Regierung, wenn Helmut Schmidt nicht gestürzt worden wäre. Auch andere Alternativen: eine absolute Mehrheit der SPD einerseits und eine durch die Grünen geduldeten SPD-Minderheitenregierung andererseits wären keine Garantie für die Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses. Eines hätten alle diese Alternativen mit Sicherheit bewirkt: das ewige Hinhalten eines bedeutenden Teils der Friedensbewegung, das mehr auf den Willensbildungsprozeß in der SPD und im Bundestag geschieht: hätte als auf die eigene Kraft zu vertrauen und nach wirksameren Widerstandsalternativen zu suchen. Am Leben geblieben wäre auch die große Illusion, man könne die Raketenstationierung durch SPD-Parteitagbeschlüsse verhindern.

### KOHL UND REAGAN HABEN UNS DIE ILLUSION GENOMMEN

Der parlamentarische Sieg der konservativ-liberalen Aufrüstungsparteien hat mit einem Schlag all jenen die Illusion genommen, die zur Verhinderung der Raketenstationierung ihre ganze Hoffnung auf die SPD und eine parlamentarische Lösung gesetzt hatten. Diese Lösung ist auch dem äußeren Schein nach nicht mehr in Sicht. Der Nebel, der permanent unseren tatsächlichen Handlungsspielraum verdeckte, ist verschwunden. Jede(r) muß es wissen: Ein Parteitagbeschuß der SPD gegen die Raketenstationierung hat keine praktische



Relevanz, über den Bundestag ist nichts mehr zu holen. Auch die Hoffnungen auf Genf sind erheblich reduziert. Vielen Menschen in der Friedensbewegung ist klar geworden, daß Reagan und Co. in Genf gar nicht verhandeln wollen. Dieser hat uns allen klaren Wein eingegossen. Hieß es bisher: erst verhandeln, dann stationieren, so heißt es jetzt: erst stationieren, dann verhandeln. Die wollen die Stationierung, so oder so.

DER KAMPF DER FRIEDENSBEWEGUNG IST  
EIN AUSSERPARLAMENTARISCHER KAMPF.  
UNSER HANDLUNGSSPIELRAUM IST  
GRÖßER GEWORDEN

Der satten Mehrheit der Raketenstationierer im Parlament steht - allem Anschein nach - der Wille einer Volksmehrheit gegenüber, die eine Stationierung von Mittelstreckenraketen ablehnt. Diesen Gegensatz zwischen Volksmehrheit und Parlamentsmehrheit kann nur der außerparlamentarische Kampf zugunsten der Volksmehrheit überwinden. Daran mag es auch liegen, daß staatsloyale Strömungen der Friedensbewegung ihre Hoffnung zunehmend auf außerparlamentarische Aktivitäten setzen. Dies gilt auch zunehmend für das KOFAZ - Spektrum. Die Bereitschaft dieser Strömungen, über reine Latsch-Demos tatsächlich und nicht nur verbal hinauszugehen und an Aktionen des zivilen Ungehorsams teilzunehmen, ist deutlich gestiegen. Dadurch ist die latente Spaltungsgefahr zwischen den parlamentarisch orientierten und außerparlamentarisch aktiven Fraktionen der Friedensbewegung erheblich vermindert. Immer mehr prominente SPD-"Nach"-Rüstungsgegner bekennen sich zu radikaleren Aktionsformen des Streiks und des zivilen Ungehorsams. Diese für die Friedensbewegung insgesamt positive Entwicklung ist nicht zufällig und hat ihre Ursache in dem für alle anderen Bereiche negativen Wahlergebnis vom 6. März. Es wäre verhängnisvoll, die zunehmende Bereitschaft von SPD-Strömungen, an den Aktionen der Friedensbewegung teilzunehmen, ausschließlich als Versuch der SPD abzutun, die Friedensbewegung integrieren und ihren unabhängigen und radikalen Teil schwächen zu wollen. Solche Absichten der SPD sind freilich nicht von der Hand zu weisen. Sie fordern die Wachsamkeit all jener heraus, denen es in erster Linie darum geht, die Katastrophe abzuwenden und nicht der SPD neue Mehrheiten zu verschaffen. Die Annäherung der SPD an die Friedensbewegung und die wachsende Bereitschaft innerhalb dieser Partei, radikalere Widerstandsformen zu unterstützen, ist allerdings auch der Ausdruck einerseits des Erkenntnisses, daß die Raketenstationierung nur noch durch einen ungeheuren politischen Druck auf die Bundesregierung zu verhindern ist, und andererseits der Ausdruck der Bereitschaft, durch radikalere Maßnahmen diesen politischen Druck

zu verstärken. In welchem Maße dieser Radikalisierungsprozeß verstärkt und vorangetrieben werden kann, liegt u. a. auch am Verhalten des radikalen Flügels der Friedensbewegung. Die Beteiligung der Sozialdemokraten an Widerstandsaktionen der Friedensbewegung bedeutet nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung der Friedensbewegung. Die Radikalisierungsbereitschaft und -fähigkeit der SPD-Basis unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen darf nicht unterschätzt werden. Die "Nach"-Rüstungsgegner in der SPD-Basis fühlen sich nicht mehr in der Zwangslage, sich zwischen der Friedensbewegung und der Schmidt-Regierung entscheiden zu müssen. Waschechte Sozialdemokraten, insbesondere in den Gewerkschaften, sind ihrer Partei immer loyal. Ihnen ist Parteiräson im Prinzip wichtiger als z. B. die Verhinderung der Raketenstationierung.

Nach dem Sturz der Schmidt-Regierung stehen sie allerdings nicht mehr in diesem die Friedensbewegung latent schwächenden Loyalitätskonflikt. Loyalitätsbarrieren sind für einen beachtlichen Teil der SPD-Basis verschwunden, es kommt jetzt darauf an, diesen Teil der SPD-Basis für den aktiven außerparlamentarischen Kampf und radikale Aktionsformen zu gewinnen. Die Bereitschaft unsererseits kommt jenen in der SPD verankerten Strömungen entgegen, die in wichtigen Fragen, z. B. in der AKW-Frage, in der Lage waren, eigene Positionen zu entwickeln und für deren Durchsetzung massiv gegen die SPD-Führung zu opponieren. Ohne aktiven Widerstand der "Nach"-Rüstungsgegner in der SPD ist der notwendige politische Druck gegen die Raketenstationierung kaum zu denken.

WORIN BESTEHT DER POLITISCHE DRUCK?

Die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik kann durch physische Widerstandsmaßnahmen nicht verhindert werden. Die Stationierer verfügen über unvergleichbar größere Flexibilität und größeren Informationsvorsprung als die Friedensbewegung. Mit ihren vielfältigen Kommunikations- und Transportmöglichkeiten sind sie allemal in der Lage, unsere praktischen Verhinderungs- und Blockadeaktionen zu unterlaufen und alle Raketen doch zu stationieren. Wenn diese Annahme richtig ist - darüber gibt es offenbar weit und breit große Übereinstimmung - dann wird die Verhinderung der Raketenstationierung zu einer politischen Entscheidung. Denn es bedarf eines solchen Drucks auf die Regierenden, daß sie feststellen müssen: die Stationierung ist politisch nicht durchsetzbar. Wie kann aber dieser Druck erzeugt werden? Durch Generalstreik, durch Massendemonstrationen, durch Blockadeaktionen und Aktionen des zivilen Ungehorsams ... ?

Generalstreik wäre zweifellos die wirksamste Widerstandsform gegen die Raketenstationierung, vor allem wenn er unbefristet sein würde. Nichts ist unmöglich, aber ein unbefristeter Generalstreik im Herbst '83 kommt - obwohl die Forderung danach innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften immer lauter wird - bei einer realistischen Einschätzung des gegenwärtigen Bewußtseins der Gewerkschaftsbasis einem Wunder gleich. Die Entwicklung der nächsten Monate in den Gewerkschaften wird diese pessimistische Einschätzung hoffentlich widerlegen.

Massendemonstrationen werden im Herbst die breite Verankerung der Friedensbewegung abermals dokumentieren und die Sympathie von noch mehr Menschen als bisher für die Ziele der Friedensbewegung gewinnen. Werden sie aber in ihrer Wirkung jenen politischen Druck erzeugen, der für den Umdenkungsprozeß der Regierenden in der Stationierungsfrage unabdingbar ist? Dazu sind einige Zweifel angebracht? Die Bedeutung von Massendemonstrationen auf den politischen Willenbildungsprozeß darf in bürgerlichen Demokratien im Unterschied zu solchen Aktionen in diktatorisch regierten Gesellschaften nicht überschätzt werden.

In letztgenannten Gesellschaften stellt die bloße Freiheit der Meinungsäußerung der Bürger die diktatorische Herrschaft in Frage, da Diktatur und freie Meinungsäußerung sich ausschließen. Deshalb würden dort Demonstrationen, die ja die radikalste Form der freien Meinungsäußerung sind, brutal und blutig niedergeschlagen (aktuelles Beispiel: Chile Mitte Juni). Umgekehrt könnten erfolgreiche Massendemonstrationen das diktatorische Regime zu erheblichen Zugeständnissen zwingen, es sogar stürzen (z. B. das Obristenregime in Griechenland). In den stabilen bürgerlichen Demokratien stellen dagegen bloße Demonstrationen, so massenhaft sie auch sein mögen, für die bürgerliche Herrschaft keine Gefahr dar. Noch mehr sind politische Demonstrationen Bestandteil der bürgerlichen Demokratie. Die Großdemos am 22. Oktober bei einer Gesamtteilnehmerzahl von 1-2 Millionen werden die Regierenden in

Bonn zwar beeindruckt, aber sie nicht massiv unter Druck setzen. Mehr Quantität bedeutet nicht automatisch eine neue Qualität. Selbst die radikalsten Protestformen können die Regierenden in Bonn gelassen hinnehmen, wenn diese sich innerhalb der geltenden Normen und Rechtsprechung vollziehen. Sie, die Regierenden, werden versuchen, das Ganze als einen

Sieg "unserer" Demokratie zu feiern und die Legitimation ihrer schweininischen Politik aus ihrer eindeutigen, durch freie Wahl konstituierten Mehrheit herzuleiten. Eine Legitimationskrise der Regierenden im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung und bei den gegenwärtig herrschenden parlamentarischen Kräfteverhältnissen ist schwer erreichbar. Unsere Forderung nach einer konsultativen Volksbefragung in der Frage der Raketenstationierung ist unbestritten ein politisch wichtiger und offensiver Schritt. Dieser Schritt wird die Friedensbewegung zumindest moralisch stärken. Der Erfolg der Initiative im Sinne der Herbeiführung einer politischen Legitimationskrise hängt allerdings vom Willen einer parlamentarischen Mehrheit ab, deren Legitimation für die Entscheidung über die Raketenstationierung in Frage zu stellen, die Volksbefragung gerade bewirken soll.

Massenproteste reichen für die Verhinderung der Raketenstationierung nicht aus und sind auch angesichts dessen, was für uns, für Europa und für die Dritte Welt auf dem Spiel steht, unangemessen. Die mit der Raketenstationierung gekoppelten Risiken für die Menschheit erfordern ohnehin eine neue und für jeden einzelnen mit Risiko verbundene Qualität des Widerstandes: massenhafte Aufkündigung der Loyalität zur bestehenden Rechtsordnung und zur bürgerlichen Demokratie schlechthin. Die Bereitschaft vieler Menschen, zur Verhinderung von Raketenstationierung Regelverletzungen zu begehen, die geltenden Rechtsnormen, in der Konsequenz auch die Legitimation der Legislative in Frage zu stellen und sich auch öffentlich dazu zu bekennen, das trifft den Nerv der bürgerlichen Demokratie und greift deren Heiligtümer an. Kohl und Genscher ohne Gewalt- und Rechtsprechungsmonopol des Staates in der Bundesrepublik sind soviel wie Pinochet ohne Polizei und Armee in Chile. Die Unantastbarkeit der bürgerlichen Rechtsprinzipien könnte den Regierenden in Bonn als wichtiger erscheinen als eine rücksichtslose Stationierung von US-Mittelstreckenraketen. Deshalb wird die Loyalitätskrise, außer einem unbefristeten Generalstreik, zu jener wirksamen und die Regierenden in Bonn unter massiven Druck setzenden politischen Möglichkeit, die auch die Friedensbewegung unter günstigen Bedingungen durchaus herbeiführen kann.

Es mag als widersprüchlich erscheinen, daß bei der obigen Einschätzung der Herbeiführung einer Legitimationskrise der Parlamentsmehrheit und der Regierung, die sich ja im Rahmen der herrschenden Rechtsordnung vollzieht, geringere Chancen beigemessen werden als einer Loyalitätskrise, die die Grundpfeiler der Gesellschaft antastet. Die Legitimationskrise stößt zum einen an Schranken jener parlamentarischen Verfahrensregeln, die von uns nicht beeinflussbar sind und setzt zum anderen die kaum zu erwartende Änderung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse in der Stationierungsfrage voraus. Die Herbeiführung einer Loyalitätskrise ist aber mit den Mitteln des außerparlamentarischen Kampfes erreichbar und hängt damit ausschließlich von unserem Handeln, unserer Einsatzbereitschaft und Mobilisierungsfähigkeit ab.

Aktionen des zivilen Ungehorsams und Blockadeaktionen sind geeignet, die beschriebene Loyalitätskrise herbeizuführen. Denn sie bringen nicht nur wie bei bloßen Massenkundgebungen den Protest gegen die Raketenstationierung zum Ausdruck, sondern signalisieren den Regierenden um der Verhinderung der Raketenstationierung willen das Nein zur herrschenden Ordnung.

Die neue und radikale Qualität des zivilen Ungehorsams besteht darin, die Autorität der Staatsorgane bei der Entscheidung über Fragen von existenzieller Bedeutung, wie z. B. der Stationierung von Cruise Missile und Pershing II Raketen, anzuzweifeln und zu erschüttern. Zivilen Ungehorsam zu einer Widerstandsform zu degradieren, die "die Achtung vor dem Gesetz voraussetzt", wie aus den Reihen der Friedensbewegung hier und da verlautet (Wolfgang Sternstein, FR vom 21. Juli 1983) bzw. die "den Stolz der Staatsorgane" hervorruft, wie der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Alfred Emmerlich meint (FR v. 6.7.83), diese Interpretation des zivilen Ungehorsams kommt dem Versuch gleich, diesen seiner Radikalität und Wirksamkeit zu berauben und den Widerstand entscheidend kalkulierbar zu machen.

Wenn Ghandi entschlossen die Mauer der britischen Kolonialarmee vor dem indischen Salzwirk durchqueren will und dabei sein Niederknüppeln, seine Verurteilung durch die britische Kolonialjustiz und die Gefängnisstrafe bewußt in Kauf nimmt und sich im Sinne der Anklage eben dieser Justiz als schuldig bekennt, so tut er dies nicht aus Achtung vor den Gesetzen der britischen Kolonialjustiz, sondern umgekehrt aus seinem tiefsten Abscheu davor. Er unternimmt diesen symbolischen Schritt, damit seine individuelle Gewissensentscheidung gegen die britische Kolonialherrschaft in Indien zu einer gesellschaftlichen Gewissensentscheidung wird, damit Millionen von Menschen ermutigt werden, durch Verweigerung und Aufkündigung ihrer Loyalität zur britischen Kolonialmacht die Macht und alle daraus abgeleiteten Gesetze gänzlich zu beseitigen.

Wenn wir bei der Blockade von militärischen Einrichtungen in unserem Land die geltenden Gesetze übertreten, uns öffentlich dazu bekennen und bereit sind, dafür Strafen zu verbüßen, so begehen wir diesen symbolischen Akt nicht aus Achtung vor den geltenden Gesetzen, auch nicht um die Staatsorgane in das Gefühl des Stolzes zu versetzen, wir tun diesen symbolischen Schritt vielmehr, um Hunderttausende zur Aufkündigung ihrer Loyalität zu einem Staat zu ermutigen, dessen Rechtsnormen erlauben, daß Entscheidungen von existenzieller Bedeutung von einer parlamentarischen Mehrheit sogar gegen den Willen der Volksmehrheit getroffen und diese mit Hilfe von neuen Gesetzen (Verschärfung des Demonstrationsrechts etc.) und staatlicher Gewalt durchgepackt werden können. Die unvorstellbaren Auswirkungen der Raketenstationierung in unserem Land und der Beginn einer neuen und tödlichen Runde des Rüstungswettlaufs für uns und für die Menschheit insgesamt sind, weiß Gott, nicht minder verheerend als die der britischen Unrechtsherrschaft in Indien für das Indische Volk.

Unsere Aktionen des zivilen Ungehorsams im Ghandischen Sinne müssen Ermutigung zum Widerstand und moralische Legitimität für unser Handeln ausstrahlen. Sie müssen viele Menschen überall im Land dazu bewegen, über die vielfältigen Formen der Verweigerung und des zivilen Ungehorsams gegenüber dem Staat nachzudenken. Eine um sich greifende Loyalitätskrise in unserem Land - das ist der politische Druck auf die Regierenden in Bonn, der diese zur Aufgabe der Stationierung von neuen Raketen zwingen und einen Abrüstungsprozeß in Gang setzen kann.



## ÜBERLEGUNGEN FÜR EINEN AKTIONSVORSCHLAG NACH DEM 22. OKTOBER

Die für den Sommer und den Herbst geplanten dezentralen Sommer-Camps und Blockadeaktionen sind sehr wichtig. Durch sie werden die Erfahrungen der Oster-Blockadeaktionen erweitert. Viele tausende Friedensbewegte werden ihre erste Erfahrung mit Regelverletzungen machen, ihre Ängste verarbeiten und ihre persönlichen Risiken einschätzen lernen. Wichtige Lernprozesse werden mit überregionalen Blockade-, Besetzungs- und Verweigerungsaktionen verbunden sein. Diese werden sicherlich den Mobilisierungsgrad erhöhen und den wachsenden Widerstandswillen breiter Bevölkerungsschichten dokumentieren.

Die geplanten Aktionen des zivilen Ungehorsams werden in der dritten Oktober-Woche mit den dezentralen Massendemonstrationen am 22. Oktober ihren Höhepunkt und nach den bisherigen Überlegungen auch ihren Abschluß finden. Es entspricht dem Charakter der überregionalen Massenaktionen, daß sie von kurzer Dauer sind und alsbald auch ein Ende haben werden. Hierin unterscheiden sich die überregionalen Aktionen des zivilen Ungehorsams kaum von den Volksversammlungen. Sie alle setzen voraus, daß Menschen sich für einen oder mehrere Tage aus ihren Arbeits- und Lebenszusammenhängen lösen und an einigen wenigen zentralen Orten das geballte Widerstands- und Protestpotential sichtbar machen. Diese Form der Demonstration und Dokumentation der eigenen Stärke ist unersetzbar und schafft eindrucksvoll die moralische und politische Legitimation unseres Anliegens.

Aktionen von kurzer Dauer und mit klar definiertem Abschluß machen aber, so machtvoll sie auch sein mögen, unseren Widerstand kalkulierbar. Aufrüster in der Bundesrepublik und der NATO sind mächtig genug, sich nach kurzer Zeit über eine von uns erzielte moralische Stärke hinwegzusetzen, die machtpolitisch de facto nicht umsetzbar ist. Folglich werden der 22. Oktober und die diesem vorausgegangenen befristeten Aktionen des zivilen Ungehorsams die ersehnte Loyalitätskrise des Staates noch lange nicht herbeiführen.

Deshalb darf der 22. Oktober nicht das Ende unseres Widerstandes sein. Wir dürfen die Fortsetzung unseres Widerstandes nicht vom Zeitplan für die Durchführung der Raketenstationierung und damit einhergehende taktische Manöver der NATO abhängig machen. Die Vorbereitungen haben ohnehin schon begonnen und stellen die Entschlossenheit der Aufrüster, auf jeden Fall stationieren zu wollen, zur Genüge unter Beweis. Wir müssen vielmehr den 22. Oktober, den Tag der höchsten Stufe unserer moralischen und politischen Legitimation also, als Auftrag für den Beginn einer neuen Phase unseres Widerstandes begreifen und diesen Widerstand für

ein kompromißloses Nein zur Stationierung von sowohl Pershing II wie Cruise Missile-Raketen bis zur Aufgabe dieses Vorhabens fortsetzen. Wird bis zum 22. Oktober alles auf einige Höhepunkte außerhalb des eigenen Arbeits- und Lebensbereiches orientiert, so wird es ab diesem Datum notwendig sein, den umgekehrten Weg zu gehen: alle bis dahin überregional gesammelten Aktions- und Widerstandserfahrungen müssen in die eigenen Arbeits- und Lebenszusammenhänge, in die Städte und Gemeinden, Schulen und Universitäten, Betriebe, Kirchen etc. hineingetragen und verlagert werden. Ab dem 23. Oktober werden überall vor Ort, auch wenn dies erst nur vereinzelt möglich ist, Arbeitsverweigerungsaktionen, Streik- und Hungerstreikaktionen und Besetzungen von militärischen und politisch bedeutsamen Einrichtungen etc. durchgeführt. Erst wenn es uns gelingt zu erreichen, daß es nicht bei einigen wenigen überregionalen Aktionen bleibt und daß es überall im Land beginnt

zu brodeln und zu kochen und erst wenn die Regierenden dieses Kochen spüren und merken, daß die Idee des zivilen Ungehorsams beginnt, um sich zu greifen und zu materieller Gewalt zu werden, erst dann ist der Zustand erreicht, der jene den Staat gefährdende Loyalitätskrise herbeiführt und damit den notwendigen politischen Druck auf die selbstherrliche Parlamentsmehrheit und die Bundesregierung erzeugt.

Deshalb müssen wir jetzt anfangen, über die Zeit nach dem 22. Oktober und über dauerhafte Aktionen des zivilen Ungehorsams vor Ort nachzudenken und gemeinsam einige Vorbereitungen treffen.

Derartig lokalisierter Widerstand bedarf keiner generalstabsmäßigen Koordination (diese wäre weder möglich, noch nützlich), wohl aber eines überregionalen Zusammenhangs, eines Orientierungspunktes, der als Bindeglied in der Gesamtkette fungiert, mit dem sich alle lokalen Aktivitäten identifizieren, sich wechselseitig moralisch-psychologisch stärken und aufeinander beziehen können.

Als ein solcher Orientierungspunkt käme in Betracht die dauerhafte Blockade von einem oder - wenn unsere Kräfte reichen - auch zwei politisch/militärischen und/oder militärisch/logistischen Standorten in Frage: z. B. die Hardthöhe in Bonn, die NATO-Befehlszentrale Eucom bei Stuttgart oder der Stationierungsstandort Neu-Ulm (auf jeden Fall also Standorte mit zentraler Bedeutung, die symbolisch für die Aufrüstung sind). Denkbar wäre dazu auch eine befristete und zentrale Auftaktaktion z. B. eine dreitägige Blockade der US-Air Base in Ramstein, die in einer dauerhaften Blockade von einem der obengenannten Standorte übergeht.

Ab 23. Oktober wird/werden diese Standorte dauerhaft blockiert. An der Blockade nehmen Friedensbewegte aus vielen, vielen lokalen Friedensinitiativen, überregionale Gruppen, Berufsgruppen, prominente Persönlichkeiten, Bundestags- und Landtagsabgeordnete teil. Für die Dauerhaftigkeit der Blockade sorgt ein Rotationssystem, das bald aufgebaut werden müßte. Die obengenannten Initiativen und Berufsgruppen übernehmen schon jetzt Patenschaften für die oder eine der beiden Blockadezentren und stellen bald durch entsprechende Namenslisten fest, in welchem Umfang und für wieviel Tage sie im Rotationssystem an der Blockade teilnehmen werden. Die Teilnahme von Vertretern der lokalen Friedensinitiativen an der zentralen Blockade ist gleichzeitig auch eine Verpflichtung für die am Ort gebliebenen Friedensfreunde, durch Aktionen des zivilen Ungehorsams vor Ort sich mit der zentralen Blockadeaktion zu solidarisieren. Auf diese Weise wäre der Zusammenhang mit dem Bindeglied (Hardthöhe/Eucom, Neu-Ulm) und mit allen anderen lokalen Aktivitäten hergestellt. Die zentrale und dauerhafte Blockadeaktion wird so zum Herz eines Widerstandes, der bis zur bedingungslosen Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses andauern wird. Die Vorbereitung für das Herzstück eines umfassenden Widerstandes nach dem 22. Oktober muß jetzt in Angriff genommen werden. Dazu ist es erforderlich, daß unverzüglich eine überregionale Vorbereitungsgruppe gebildet wird, die in Zusammenarbeit mit lokalen Friedensinitiativen der Blockade-Standorte Bonn, Stuttgart und Neu-Ulm die ersten Schritte eingeleitet und sich alsbald an die gesamte Friedensbewegung wendet.

Juli 1983

Rosa Bloch

Dieses Papier ist die überarbeitete Fassung eines Entwurfs, der zunächst einem kleinen Kreis aus den Reihen der unabhängigen Friedensbewegung zur Kenntnis gebracht wurde.